

**Elternurlaub bleibt unangetastet**

Der Aufschrei der Frauenorganisationen war nicht umsonst: Nachdem es deutliche Anzeichen gegeben hatte, dass die derzeitige Dauer des Erziehungsurlaubs für junge Eltern von Arbeitgeberseite in Frage gestellt wurde, konnten sich Regierung und Gewerkschaften nun doch in der Tripartite durchsetzen. Statt des Zurückschraubens auf das von der EU vorgegebene Minimum von drei Monaten bleibt es bei den im PAN-Gesetz bis Juli 2003 vorgesehenen sechs Monaten. Elternurlaub und andere Maßnahmen sollen nunmehr ohne Frist ins Gesetz eingeschrieben werden - eine entsprechende Gesetzesreform müsste also schnellstens auf den Instanzenweg.

Ein weiteres Resultat der Tripartite-Runde vom Dienstag: Die Fördermaßnahme für Betriebe, die Personen des in ihrer Branche unterrepräsentierten Geschlechts einstellen oder ausbilden, soll endlich in Kraft treten. Obwohl bereits im 1999er PAN-Gesetz vorgesehen, hatte die Regierung nie ein entsprechendes Ausführungsreglement vorgelegt - laut Arbeitsminister Biltgen aufgrund von Definitionsschwierigkeiten beim Begriff "Branche". Die Uneinigkeiten zwischen Regierung und Patronat scheinen nun (nach vier Jahren!) beigelegt. Eine regelrechte Reservierung von Arbeits- oder Ausbildungsplätzen aufgrund einer Unterrepräsentierung ist jedoch offenbar weiterhin kein Thema.

**700.000 vom Tisch?**

Mit überraschenden Angaben zur Bevölkerungsentwicklung wartete am Dienstag in der parlamentarischen Immigrationskommission Jean Langers, Vertreter der STATEC, auf. Laut neuesten Angaben ist die Netto-Immigration seit 1999 kontinuierlich zurückgegangen und lag 2002 mit 2649 auf einem Tiefststand seit 1987. Zurückzuführen ist diese Entwicklung hauptsächlich auf einen Anstieg der Personen, die das Land verlassen - vor allem in der Alterssparte der 25- bis 34jährigen. Bei den RückkehrerInnen liegen die PortugiesInnen an der Spitze. Die Neuankommlinge dagegen können immer höhere Qualifizierungen vorweisen: Von den 1990 Immigrierten hatten 36,6 Prozent einen Primärschul- und nur 17,9 einen Universitätsabschluss, 2000 war das Verhältnis 13,9 zu 42,5.

Der Arbeitsmarkt scheint sich gleichwohl immer weniger an der Immigration und immer stärker am Grenzängertum zu orientieren: Der jährliche Anstieg der Zahl der "Frontaliers" bleibt weiterhin hoch. Ist damit das Thema eines signifikanten Bevölkerungswachstums für die nächsten Jahrzehnte erledigt? Nicht unbedingt. Die Kommission ist sich durchaus bewusst, dass konjunkturelle Phänomene, wie die Zunahme der Arbeitslosigkeit, hier eine Rolle spielen. Und die können sich wieder umkehren.

**Weg mit der Nato**

"Die Stimmung ist auch hier freundlich anti-amerikanisch. Niemand hasst die Amis, aber kaum jemand verteidigt sie. Die US-Interventionstruppen sollen Europa verlassen; nie wieder soll ein amerikanischer Angriffskrieg von Europa aus geführt werden - auch hier beginnt die Debatte, an deren Ende der amerikanische Abzug stehen wird." So schreibt der Sicherheitsexperte der österreichischen Grünen, Peter Pilz, in seinem Internet-Tagebuch über seinen Besuch in Luxemburg am vergangenen Dienstag. Der Autor von "Mit Gott gegen alle - Amerikas Kampf um die Weltherrschaft" hatte während seines gut besuchten Vortrags den "Freundinnen und Freunden" aus Deutschland und seinem "Parteikollegen" Joschka Fischer ins Gewissen geredet: Es gehe auf Dauer nicht, gegen den Irak-Krieg zu sein und gleichzeitig zuzulassen, dass Deutschland als Drehscheibe für die amerikanischen Interventionskriege im Nahen Osten fungiere. Die 118.000 US-SoldatInnen, die in Europa stationiert sind (davon allein in der BRD 70.000), dienen nicht mehr der Verteidigung des alten Kontinents.

Längst sei der "Nachkriegszustand" eingetreten, der auch das Ende der Nato bedeute. Und in Luxemburg? Als die Friedensbewegung in den 80ern zaghaft anmahnte, die Einrichtung amerikanischer Militärlager seien wenig zukunftsträchtig - heute heißt das "nachhaltig" - wurde sie von so mancher friedliebender, unabhängiger Gewerkschaftsgröße als ArbeitsplatzzerstörerIn beschimpft.

**PRIVATSCHULEN**

# Gerechtfertigter Futterneid?

**Die Privatschulen werden finanziell aufgepäppelt. Die VerteidigerInnen der staatlichen Regelschule wittern unlautere Konkurrenz und sehen das Ende der öffentlichen Schule. Eine zu einfache Weltsicht?**

(roga) - Kulturkampf zu Beginn des neuen Jahrhunderts. Wie bereits in der Regierungserklärung von 1999 angekündigt, beglückt die konservative CSV-DP-Regierung die vornehmlich katholischen Privatschulen des Großherzogtums mit einer erheblichen Finanzspritze. Kein Wunder, dass vor allem die SozialistInnen aus der brisanten Thematik elektorales Kapital schlagen wollen. So geht denn auch die von Marc Zanussi (LSAP) und Ed Kirsch (OGB-L) initiierte Petition recht klotzig mit dem Gesetzesprojekt ins Gericht. Nutzen wird das wiederum nichts, das Gesetz soll Mitte Mai durchs Plenum des Parlaments.

**Zuckerbrot für Nonnenschulen**

Die GegnerInnen der neuen Konvention regen sich in erster Linie über die Tatsache auf, dass privat geführte Schulen, die im Großen und Ganzen das gleiche Programm wie die Staatsschulen anbieten, ihre Autonomie nutzen können, um auf Kosten der staatlichen Schulen Vorteile zu gewinnen.

In der Tat ist in Luxemburg eigentlich die "öffentliche Wal-

dorfschule" die einzige Privateinrichtung, die eine pädagogische und zum Teil weltanschauliche Alternative zur Staatsschule anbietet. Die traditionellen Konfessionsschulen werden in den seltensten Fällen von Eltern ausgewählt, die meinen, ihr Kind müsse eine religiös fundierte Erziehung genießen können. Was eine zunehmende Zahl von Eltern in den Konfessionsschulen suchen und zum Teil auch finden, sind Angebote, die die öffentliche Schule nicht oder nur ungenügend anbietet: Ganztagsbetreuung, Internatsstrukturen, Hausaufgabenhilfe, mehr fächerübergreifende Projekte, überschaubare Strukturen und Teamgeist unter der Lehrerschaft.

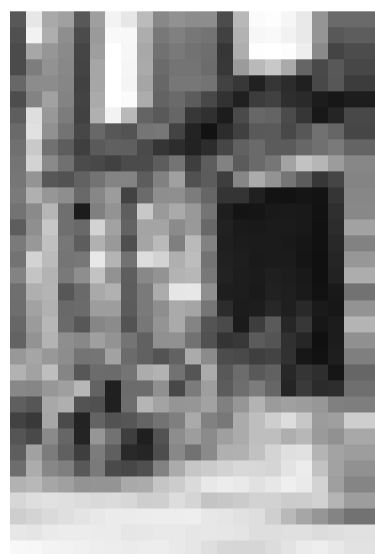
Eher peinlich für die öffentliche Schule ist die Tatsache zu werten, dass in einer Schule wie dem "Fieldgen" das Personal besonders motiviert ist, freiwillig Teamwork auf verschiedenen Ebenen zu leisten. Das mag zum Teil an ihrem Statut als Privatbeamte liegen, doch das allein erklärt nicht das durchweg erhöhte Engagement. So waren es vor den Wahlen nicht die Direktoren der Privatschulen, die die Parteien abklapperten, sondern Delegierte des Personals, die für die Erhöhung der staatlichen Beihilfen lobbyierten.

**Der alte Tanker Staatsschule**

Der Antagonismus zwischen der ideologisch begründeten und sicherlich weiterhin berechtigten Verteidigung der öffentlichen Schule als Regelschule für die meisten SchülerInnen und

der größeren pädagogischen Autonomie privat geführter Gebäude wirft eher ein schiefes Licht auf die staatliche Schule, als dass sie das Gespenst von Privatisierung und Elitebildung glaubhaft werden lässt. So haben sich etliche Linksintellektuelle der Petition von FGIL und LSAP nicht angeschlossen. Die Grünen zum Beispiel haben halbherzig unterschrieben, möchten jedoch die Diskussion auf das Terrain der Staatsschule zurückbeamen. Ihrer Ansicht nach wurde eine Chance verpasst, die pädagogisch und finanziell gegensätzlich bevorzugten Privat- und Staatsschulen aneinander anzunähern. Durch mehr Autonomie und gezieltere Angebote in den Staatsschulen würde den Privatschulen mittelfristig das Wasser abgegraben. Am Ende dieses Annäherungsprozesses würden dann die Privatschulen übrig bleiben, die reale Alternativen zur Regelschule anbieten, wie etwa die Waldorfschule, alternative Schulprojekte oder Montessori-Einrichtungen für bestimmte Schülergruppen.

Allerdings zeigt der Wirbel um geringfügige Privilegien - freie Lehrerwahl und Laptops für das "Lycée Aline Mayrisch" -, dass Pilotprojekte innerhalb der öffentlichen Schule ungleich schwerer durchzusetzen sind als in privatrechtlichen Nischen. Stärkere pädagogische Autonomie müsste denn auch gleichzeitig für alle Schulen beginnen. Erst dann könnte sich wie in Skandinavien die öffentliche Schule als Hort pädagogischer Biodiversität profilieren.

**EU-MINIGIPFEL**

# Hard-Core-Europa vor

**Die schärfsten Irak-Kriegsgegner unter den EU-Staaten sind zugleich diejenigen, die Europa militärisch voranbringen wollen. Ein Widerspruch ist das nicht - und doch ist ihr Minigipfel am kommenden Dienstag zum Scheitern verurteilt.**

(dw) - Wer gegen den Krieg ist, muss nicht auch für Abrüstung sein. In der Europäischen Union jedenfalls sind es vor allem jene Staaten, die den US-Einmarsch in den Irak kritisiert haben, die militärisch voranpreschen wollen. EU-militärisch, versteht sich. Am 25. März übernahm der belgische Ministerpräsident Guy Verhofstede die Initiative und schlug ein Treffen für interessierte Pionierstaaten vor, die als Avant-Garde am Aufbau eines gemeinsamen Verteidigungsapparates, möglicherweise gar einer europäischen Militäragentur und -zentrale wirken wollen. Frankreich, Deutschland und Luxemburg nahmen die Einladung nach Brüssel sofort an - und, obwohl die Betonung, man wolle niemanden ausschließen, stets wiederholt wurde, die drei Staaten blieben als einzige auf der Gästeliste.

Dass damit der ganze Gipfel einigermaßen zum Scheitern verurteilt ist, wissen auch die Initiatoren. Mehr Solidarität untereinander, Priorität müsse Europa haben, fordert jedoch der Konvents-Vorsitzende Valérie Giscard d'Estaing. Innerhalb des Konvents werden derzeit die zehn Artikel über die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik diskutiert. Giscard will die europäische Unabhängigkeit in der Verfassung verankern.

Damit ist vor allem die Autonomie in Bezug auf die Super-

macht USA gemeint. Europa und USA sind Konkurrenten auf der internationalen Bühne - genau das wollen die Initiatoren des Minigipfels mehr als andere zum Ausdruck bringen. "Mehr Verantwortung übernehmen", umschreibt der deutsche Außenminister Joschka Fischer das Vorhaben. Dass manche EU-Mitglieder so unabhängig gar nicht sein wollen, durchkreuzt diesen Plan. Länder wie Großbritannien, Spanien oder auch die Neulinge in der EU aus dem Osten bauen nach wie vor auf den Bündnispartner jenseits des Atlantik.

**Vier gegen 16**

Doch nicht nur die EU-Staaten sind sich uneins: Verteidigungskommissar Michel Barnier plädiert, statt auf ein solidarisches Europa zu bauen, für eine Avant-Garde: In der Verfassung solle zugleich festgehalten werden, dass besonders ambitionierte EU-Mitglieder sozusagen als "harter Kern" die militärische Zusammenarbeit voranbringen dürfen. Man müsse sich entscheiden, so Barnier, ob Europa künftig Zuschauer oder Akteur sein will.

Wieso gerade ein harter Kern für mehr Einheit in der Union sorgen soll, bleibt so manchem Beobachter verborgen. Zumal jedes militärische Projekt, das innerhalb Europas ohne die schlagkräftigste Macht Großbritannien geplant wird, ohnehin

nicht ganz ernst genommen werden kann. Tony Blair hatte sich nach der Irak-Debatte eine "period of reflection" ausgebeten - dem Minigipfel will der britische Premier nicht beiwohnen. "Ein Europa der Verteidigung ist die Angelegenheit der Staaten mit militärischer Schlagkraft", warf der britische Europaminister Denis MacShane höhnisch in die Runde.

Inzwischen hat sich auch bei anderen Skepsis über einen möglichen Erfolg des Minigipfels breitgemacht. Nicht nur, dass Belgien und Luxemburg aus gegebenem Anlass militärisch nicht besonders ernst genommen werden. Auch innenpolitisch kommt bei den Großen Uneinigkeit auf. Der Minigipfel könne als Initiative gegen die Nato verstanden werden, sagte etwa der deutsche CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber, der von einer "Zwei-Klassen-Mitgliedschaft" innerhalb der EU sprach, bei der Deutschland und Frankreich den Ton angeben wollen. Nicht ohne die eigenen Interessen aus den Augen zu verlieren. Denn was die "Friedensfürste" (der Spiegel) betrifft, kursieren laut "Spiegel" böse Gerüchte auf den Brüsseler Fluren: Frankreich und Belgien wollten die europäische Armee so schnell wie möglich für "Befriedungseinsätze" in ihren ehemaligen Kolonien wie Kongo oder der Elfenbeinküste einsetzen. Und "Interessenpolitik mit militärischen Mitteln" betreiben, weil dort Bürgerkriege die Geschäfte der Firmen der ehemaligen Herrscher stören.

